

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus M. 18.— für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Goldbestellungen werden besondere Vorkehrungen getroffen. Unser Streifenband besorgt für Frankreich, Belgien, das Saar und Westfalen sowie die früheren deutschen Gebiete Ostens und Luxemburg M. 20.— für das übrige Ausland M. 26.—

Die sechsteilte Nonpareilzeile oder deren Raum kostet 2.— M., einschließlich Anfertigung, keine Anzeigen. Das letztgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anfertigung. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das letztgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30 - 152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vor der Lösung der irischen Frage

Ein Abkommen erzielt

London, 6. Dezember.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, wurde in der irischen Frage ein Abkommen erzielt.

London, 6. Dezember.

Zu den in der letzten Nacht abgehaltenen Verhandlungen zwischen der englischen Regierung und den Sinnfeinern wird noch mitgeteilt, daß die Beratungen von 9 Uhr 20 abends bis 2 Uhr 25 morgens dauerten. Hieraus wurde von maßgebender britischer Seite die Mitteilung gemacht, daß ein Übereinkommen erzielt worden sei, dessen Einzelheiten der Presse rechtzeitig für die Mittwoch-Morgenausgabe mitgeteilt werden sollen. Von amtlicher Seite wird erklärt, daß das Übereinkommen dem Parlament zur Erörterung unterbreitet werden wird. Eine Abschrift des Übereinkommens ist durch einen Sonderboten an Craig geschickt worden. „Daily Chronicle“ berichtet, daß die Schwierigkeiten des Treueides erleichtert worden seien. Es sei eine neue Formel gefunden worden und die Verhandlungen gingen weiter.

Die Fragen des Fernen Ostens

Paris, 6. Dezember.

Nach einer Havasmeldung aus Washington hat Japan gestern in einer Sitzung zwischen den japanischen und chinesischen Delegierten den Vorschlag angenommen, auf seine Vorzugrechte in Schantung zu verzichten.

EE. London, 6. Dezember.

Das englische Auswärtige Amt bestätigt eine Washingtoner Meldung, wonach ein Vertrag zwischen England, Amerika und Japan eine Folge der Washingtoner Konferenz sein werde. Die Erklärung des auswärtigen Amtes besagt ferner, daß Großbritannien die Pläne des Staatssekretärs Hughes in den Marinefragen annehme.

Die Schwierigkeiten der Reparation

Nach einer Meldung aus Paris hat ein hervortragendes Mitglied der Reparationskommission einem Vertreter des „Gaulois“ gegenüber erklärt, daß weder Deutschland noch irgendeine andere Großmacht die Frage des Moratoriums offiziell angeht. Die letzte Note der Reparationskommission wurde nach Berlin abgehandelt, weil diese Kommission allen deutschen Mandatären vorbeugen wollte, die darauf hinauslaufen, die gegenwärtigen finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands zu verwehren, damit es sich seinen Zahlungsverpflichtungen entziehen könne. Es sei sicher, daß John Bradburn mit seiner Regierung wegen Deutschland Rücksprache gepflogen habe, um ihr seine Anschauung mitzuteilen oder ihre Ansicht kennen zu lernen. In der Reparationskommission selbst habe er eine offizielle Erklärung hinsichtlich des Moratoriums nicht abgegeben. Das Garantiekomitee habe die Aufgabe, die Reparationskommission zu verhandeln, falls sie bemerke, daß Deutschland irgendwelche Maßnahmen verfolge, die Reparationsverpflichtungen zu umgehen. Die Einsetzung einer Finanzkontrolle nach türkischem Muster sei in Deutschland außerordentlich schwierig. Denn da ein internationaler Organismus an Stelle der deutschen Reichsregierung treten müßte, müßte Einverständnis unter den Alliierten herrschen, was praktisch schwer zu erreichen sei. Man müßte sich auf eine gemeinsame Politik einigen, um die deutschen Finanzen kontrollieren zu können. Dabei müßte man sich aber darüber klar werden, ob man diese Finanzpolitik mit den Großindustriellen oder den Gewerkschaften betreiben wolle. Das werde eine Einmischung in die inneren deutschen Verhältnisse bedeuten. Wie sollte man aber die neuen Steuern eintreiben, ohne daß man über den deutschen Verwaltungsorganismus verfüge? Die Aufgabe der Reparationskommission sei jetzt schon sehr schwierig und würde fast unmöglich werden, wenn man ihr neue Aufgaben auflegte. Um möglich zu werden, wenn man ihr neue Aufgaben auflegte, müßte Deutschland zum Zahlen zu veranlassen, müßte daher völlige Einigkeit unter den Alliierten herrschen.

Die Wendung von den deutschen Mandatären läßt darauf schließen, daß das Mitglied der Reparationskommission, das hier zu Worte kommt, der französischen Auffassung nicht fern steht. Im übrigen ergibt sich auch aus diesen Mitteilungen, daß die Frage der Wiedergutmachung durch einen Gewaltakt nicht zu lösen ist, sondern daß nur durch die Verständigung der Völker die Folgen des Krieges, unter denen Sieger wie Besiegte zu leiden haben, beseitigt werden können.

Das Zeitungswesen in Rußland

D. C. Moskau, 5. Dezember.

Das Zentralkomitee der Russischen Kommunistischen Partei weist in einem Rundschreiben auf die dringende Notwendigkeit einer Lösung der amtlichen Presse hin. Sie sei bisher von den Parteiorganisationen vernachlässigt worden, und eine Reihe von Provinzzeitungen sei unter aller Kritik. U. a. sollen alle journalistisch gebildeten Mitglieder der Partei registriert und nötigenfalls

zur Mitarbeit herangezogen werden. Die Moskauer „Iswestija“ bemerkt hierzu, man müsse vor allem die materielle und moralische Lage der darbenenden Presseleute bedenken. Die Moskauer „Iswestija“, die bisher von Amts wegen unentgeltlich verteilt wurden, haben mit dem Einzelverkauf und dem Abonnement des Blattes sowie mit der Aufnahme von Privatinschriften begonnen. Die Einzelnummer kostet 2000 Rbl., das Monatsabonnement 45 000 Rubel, für Gewerkschafts- und Parteiorgane und einzelne Arbeiter 25 000 Rubel. Die übrigen Blätter sollen folgen, um den Staat von den Ausgaben für die Presse möglichst zu entlasten. Gleichzeitig hat das Wiederanzuleben der Privatpresse, zunächst der unpolitischen, angefangen. In Moskau erscheint eine private Zeitschrift für Theater, Sport und Film („Ekran“) und ein privates Anzeigenblatt. In Petersburg beginnt demnächst das „Haus der Schriftsteller“ mit der Herausgabe einer Zeitschrift literarischen Inhalts; ferner ist dort einigen nichtkommunistischen Professoren und früheren Bank- und Industrielleitern die Herausgabe einer wirtschaftlichen Vierteljahrschrift („Der Oekonomist“) gestattet worden.

Das Schicksal des Memellandes

Der litauische Geschäftsträger in Deutschland, Herr Gailius, gab dem Vertreter des „St-Erzieh“ eine längere Erklärung über die Beziehungen Litauens zu Deutschland ab, in der es zur Memeler Frage heißt, daß die Rückgabe des Gebietes an Deutschland infolge von außenpolitischen Faktoren als ausgeschlossen erscheine. Litauen bilde das natürliche Hinterland für den Memeler Hafen und für die Wasserstraße des Memelstufes. Daraus, sowie auf ethnographische Gründe, stütze Litauen seine Ansprüche auf die Angliederung dieses Gebietes. Litauen erkenne den Einfluß der deutschen Kultur und der deutschen Bevölkerung des Memel-Gebietes an und sei deshalb bereit, dem Gebiet innerhalb des litauischen Staates eine weitgehende Autonomie zu gewähren. Eine möglichst schnelle Lösung der Frage sei geboten, weil das Gebiet nicht weiter allein existieren könne und auch die polnische Gefahr zu beachten sei. Jedenfalls werde, wie Herr Gailius glaubt, die litauische Regierung die Memeler Frage besonders von der Frage der polnisch-litauischen Beziehungen behandeln und in keinem Falle in irgendwelche Zugeständnisse an Polen als Preis für die Zuerkennung des Gebietes an Litauen einwilligen.

Mit der Frage des künftigen Schicksals des Memellandes beschäftigt sich auch eine stark besuchte Mitgliederversammlung des Deutsch-Litauischen Memellandbundes, in der Dr. Felix Borchardt eingehende Ausführungen über die Zukunft des Memeler Gebietes machte. Für die zukünftige Gestaltung dieses Landes seien folgende Möglichkeiten denkbar:

1. Eine Rückgabe an Deutschland. Das sei ganz ausgeschlossen. Auch eine Volksabstimmung mit der Fragestellung: „Anschluß an Deutschland?“ sei in der organischen Entwicklung nicht möglich.
2. Die Bildung eines „Freistaates“, der natürlich militärisch und außenpolitisch von der Entente abhängt, die ihn geschaffen hat.
3. Der Anschluß an den litauischen Staat mit oder ohne „Autonomie“, was in der litauischen Praxis auf dasselbe hinausläufe.
4. Die Eingliederung in ein großes Polen-Litauen unter französischem Zwang.
5. Der Schwabenzustand bleibt noch erhalten.

Die Lösung, die die Memelländer in der überwindenden Mehrheit wünschen, ist der Freistaat unter dem Schutz der Entente-Mächte. Das ist nach wie vor das Ziel des „Heimatbundes“. Die letzte Möglichkeit wäre die Schaffung einer großen polnisch-litauischen Union unter französischem Protektorat. Dieser Zusammenschluß sei in eine gewisse Nähe gerückt. Damit wird auch die Einbeziehung des Memellandes wahrscheinlich.

Das Ende des Hungerstreiks

Wie eine Berliner Korrespondenz berichtet, befindet sich in den preussischen Strafanstalten kein Gefangener mehr in Hungerstreik. Zugleich wird mitgeteilt, daß die Justizverwaltung „eine Beeinflussung der Gefangenen durch kommunistische Werber“ und die Revision der Gefängnisse durch kommunistische Abgeordnete unterbinden werde. Etwasige Mißstände sollen in Zukunft nur noch durch parlamentarische Untersuchungskommissionen geprüft werden.

Von den Kommunisten hatte bisher der Abgeordnete Menzel (Halle) die Erlaubnis zum Besuch der Gefängnisse. Daß dieser Abgeordnete die Gefangenen in irgendeiner Weise zu beeinflussen versucht habe, insbesondere in der Richtung eines Hungerstreiks, ist eine Verdächtigung gegen die schon allein die Person des Abgeordneten Menzel spricht. Dieser hat sich lediglich bemüht, das Los der Gefangenen im Rahmen des gegebenen Strafvollzugs zu erleichtern. Seine Rede im preussischen Landtag sollte auch den bürgerlichen Vertretern die Ueberzeugung beigebracht haben, daß ihm „unterirdische Wühlereien“ völlig fern liegen. Gegen eine parlamentarische Untersuchungskommission ist im allgemeinen nichts einzuwenden. Es verzögert aber in der Regel längere Zeit, bis eine derartige Kommission gebildet worden ist, und wenn die Parlamente gar vertagt sind, wird es erst recht schwierig, eine Untersuchungskommission einzusetzen.

Deshalb muß zum mindesten dem Abgeordneten Menzel das Recht gelassen werden, die Gefängnisse auch weiterhin zu besuchen. Wenn daneben noch ein ständiger Untersuchungsausschuß eingesetzt werden soll, so ist das selbstverständlich zu begrüßen, aber die Notwendigkeit der Betätigung eines Abgeordneten im Sinne einer Revision wird dadurch nicht aufgehoben.

Die „Tradition“ der Reichswehr

Das Urteil eines Zugehörigen

Wir haben eine republikanische Wehrmacht, an der die Monarchisten ihre helle Freude haben. Denn der Reichswehr ist trotz Abrüstungszwang und republikanischem Kriegsministerium eins geblieben: die Tradition. Sie manifestiert sich bei jeder ihr passenden, das heißt in Wahrheit unpassenden Gelegenheit. Ihre Träger sind das Offizierskorps in seiner erdrückenden Mehrheit und jener alte „Stamm“ von Mannschaften, die schon vor dem Kriege mit ihrem Leben nichts Besseres anzufangen wußten, als zu „kapitulieren“, und für die im neuen Deutschland der Posten in der Reichswehr oder bei der Schupo eine Art Lebensrettung bedeutet.

Was diese „Tradition“, die von allen Monarchisten und Militaristen als der letzte Hort sittlicher Wiedergeburt in Deutschland gepriesen wird, in Wahrheit ist, hat — zum wiederholten Male? — die Verhandlung gegen die Wachtmeister von der Hundertschaft „zu besonderer Verwendung“ gezeigt. Diese Hundertschaft soll gleichsam eine Elitetruppe der Schupolizei darstellen. Sie besteht aus besonders sorgfältig gewählten Leuten, — die Prüfung wird etwa nach den Grundfähigkeiten stattgefunden haben, nach denen man früher die Feldgendarmen auswählte. Es waren die besten Früchte der preussischen Kommiserziehung, und was jene wert war, kann man an diesen erkennen.

Unzweifelhaft hat die Hundertschaft des Hauptmanns Stennes die alte preussische Tradition in die neue Zeit und in den neuen Polizeimilitarismus hinübergerettet. Die Klopfspeitschentradition der Kasernenstube wirkt sich jetzt in den Räumen der Polizeiwache aus. Der „heilige Geist“, der sich früher aus den Häuten der „alten Leute“ in Gestalt von Treisenzügen, Klopfspeitschen und Hasfertern „segnend“ auf die Gliedmaßen der jungen Rekruten ausstieß, überfällt jetzt den Zivilisten, der aus irgend einem Grunde auf der Wache erscheint. Und wie es fast nie möglich war, Dinge aufzuklären, die sich innerhalb der Kasernenmauern zutragen, so scheint es auch in der Republik schier unmöglich, die Tradition der Vertuschung zu besiegen.

Wenn antimilitaristische Stimmen die „Tradition“ des preussischen Militarismus als eine Ueberlieferung kennzeichnen, die nicht schnell und nicht radikal genug belämpft und ausgerottet werden kann, so mag die andere Seite über tendenziöse Verallgemeinerung vereinzelter Mißstände, Es wird daher möglich sein, einen Beurteiler zu zitieren, der nicht in Verdacht stehen wird, aus Gehässigkeit Verleumdungen gegen den Geist des alten Heeres in die Welt zu rufen. Der Kriegsgerichtsrat der ehemaligen 18. Division und jetzige Staatsanwaltschaftsrat I. A. beim Reichswehrgruppenkommando I, Dr. Fritz Dehnow, hat vor kurzem einen Aufsatz über das Thema „Altes und neues Heer“ veröffentlicht, der mit dankenswerter Schärfe gerade die jenen Seiten der altpreussischen „Tradition“ kennzeichnet, um deren willen wir diese Ueberlieferung als schädigenden Ungeist jetzt jeder bekämpft haben, und heute mehr denn je bekämpfen müssen.

Dehnow selbst sagt von sich, er sei „keiner, der zu Mißgunst neigt oder Lust an Tadeln hat, sondern einer, der für sein Leben gern Soldat war.“ Um so verständlicher ist sein Urteil über die „Tradition“, in der dieses Soldatenleben sich bewegte und zum großen Teil heute wiederum bewegt. Man braucht nur das wichtigste aus seinem Aufsatz zu zitieren, die Vergleichsmomente aus der Gegenwart drängen sich sofort auf:

„Die Mißstände in der alten Armee waren öffentliches Geheimnis. Aber jede Neuerung über Mißstände wurde in der Truppe durch Mißbrauch der Disziplin unterdrückt. . . Amlichsheits wurde der Umfang der Mißstände bestritten. . . Es blieb auffallend, daß dieses Betreiben (das der Abhilfe) erst dann tatkräftig zu werden pflegte, wenn es nicht nur galt, den einzelnen zu ihren gesetzmäßigen Rechten zu verhelfen, sondern eine entstandene öffentliche Beunruhigung zu beschwichtigen.“

Auch heute pflegen die Mißstände bei der Reichswehr und bei der Schupo erst dann zu Maßnahmen zu führen, wenn im Parlament oder in der Presse Raach geschlagen wird. Und wenn Dehnow feststellt: „Beim Kommissar konnte man nicht beweisen, was nicht bewiesen werden sollte; wer es versuchte, erlitt, ehe er etwas erreichte, durch Schikanen aller Art zehnfach Schiffbruch“, so behaupten hartnäckige Stimmen, daß im Falle des Wachtmeisters Buchholz die Schikane sich bis zum Nord ausgewachsen habe, weil eben der unglückliche Wachtmeister „beweisen wollte, was nicht bewiesen werden sollte“. Die „Tradition“ ist in guten Händen. Und heute noch scheint der Satz Dehnows zu stimmen: „Ein Knecht hat vielleicht noch eher Rechtsbehelte gegen seinen Herrn, als der Soldat solche gegen seine Vorgesetzten. Nicht der Vorchrist noch, aber in Wirklichkeit war er rechtslos: das Recht, das seine Vorgesetzten ihm nicht von selbst gaben, erhielt er nicht.“

Wir erwähnten schon die Tradition der Klopfspeitsche, jenes brutale Gewohnheitsrecht der Unten offiziere und „alten Leute“. Von ihm sagt Dehnow:

„Zu den schlimmsten Schäden im Mannschafteleben gehören die Traditionen der „alten Leute“. Rühmens von ihren „alten

Leuten" machen zwar Vorgesetzte, die ihre Untergebenen nicht kannten. In Wirklichkeit aber erzeugte das zweite und dritte Dienstjahr in der Hauptache nur Schädlichkeiten. Es von Verlotterung, innere Auslehnung, Unmoral, Ueberhebung und vor allem eine ungläubliche Trägheit gegen die jüngeren Jahrgänge groß. Von Rechts wegen stand den alten Leuten nicht das geringste Befehlswort gegenüber den Rekruten zu; aber wehe dem Rekruten, der dem Befehl eines „alten Mannes“ nicht gehorcht! Durch Prügel, durch militärische „Zimmergymnastik“, durch Demütigungen aller Art, bei den berittlenen Truppen mit Peitschen und Trensen gebissen übten die vorzüglichen „alten Leute“ den schlimmsten Terrorismus, und sie waren gegen die Rekruten solidarisch.

Diese von den meisten Vorgesetzten gern gesehene und vorzüglich geförderte „kameradschaftliche Erziehung“ ist die Quelle aller jener Bestialitäten, die sich immer wieder zugetragen haben, wenn eine der „Ordnungstruppen“ des neuen Deutschlands Gelegenheit zur Betätigung erhielt. Was sich auf der Charlottenburger Wachtstube der Hundertschaft „S. B.“ begeben hat, deckt sich im Prinzip mit dem Wüten der Schupo im Rheinland und dem der Freikorps in Bayern und in Schlesien. Zu verwundern ist das nicht; Schupo und Reichswehr sind ja die Sammelbecken geworden für alle diejenigen, für die das Wachstübendasein alle Freuden ihres Lebens — vor allem die sadistischen — umschließt.

Es kann nicht oft und nicht eindringlich genug gesagt werden: all unsere Leiden und Sorgen sind die Folgen einer Zeit, deren „Tradition“ man uns als das alleinige Heilmittel mit einer Unversorgtheit anpreist, wie sie nur den gewissenlosesten Quackalbern eigen ist. Nichts ist so notwendig, als die ganze Niederträchtigkeit des Gewesenen zu erkennen, denn nur aus solcher Erkenntnis kann uns die Kraft kommen zum Kampf gegen den Geist dieses gewesenen Übels, der in Gestalt der „Tradition“ auch die Zukunft zu vergiften droht. Die hier skizzierten Uebelstände, sagt Dehnow, „waren hartnäckige Traditionen gewesen. Jeder neue Jahrgang hatte sie vom älteren übernommen. Erfolg hätte nur ihre energische und durchgreifende Ausrüttung mit Stumpf und Stiel bringen können. Zu ihr fehlte der ethische Wille. Es blieb der Revolution überlassen, nachzuholen, was zur rechten Zeit verfaulend geworden war.“

Die Revolution hat nichts nachgeholt. Die deutsche Republik von heute läßt Reichswehr und Schupo all ihre „Traditionen“ hegen und pflegen, besonders ihre monarchischen und ihre sadistischen. Die „Ausrüttung mit Stumpf und Stiel“ ist nach wie vor eine Forderung, zu deren Erfüllung denjenigen, an die sie gestellt ist, die Macht fehlt. Oder — der Wille!

Die Einigungsfrage

Der „Vorwärts“ hält es für angebracht, die Diskussion, die aus Anlaß unseres Sonntagsartikels entstanden ist, von oben herab zu behandeln und durch Verzerrung des wirklichen Sachverhalts neue Verwirrung in die Arbeiterschaft hineinzutragen. Gegen unseren Artikel selbst hat er nichts einzuwenden, er stimmt ihm vielmehr in allen seinen wesentlichen Punkten zu. Aber aus der Tatsache, daß auch die „Kote Föhne“ dem Artikel zugestimmt hat, folgert er, daß in der Einigungsfrage ein tolles Durcheinander herrsche, und daß die Arbeiterbewegung auf den Hund kommen würde, wenn die linksstehenden Parteien und Gruppen einen entscheidenden Einfluß auf die Gesamtbewegung ausüben würden. Der einzige Hort und der stärkste Rückgrat der Bewegung sei vielmehr die rechtssozialistische Partei.

Wir glauben nicht, daß der „Vorwärts“, der stets das Wort von der Einigung der Arbeiterklasse im Munde führt, durch diese Ausführungen dem Zusammenschluß des Proletariats gedient hat. Daß bei der Erörterung einer so ungeheuer schwierigen Frage mitunter Mißverständnisse da-zuwirkeln, ist begreiflich. Aber wenn der „Vorwärts“, der sein Götlich vergessen zu haben scheint, sich zum Schulmeister über die gesamte Arbeiterbewegung aufwirft, so

verräät er nur seine wirkliche Absicht, nicht die Einigung des Proletariats zu fördern, sondern Reklame für seine eigene Partei zu machen.

Weihnachtsprogramm des Reichstags

Wie eine Korrespondenz mitteilt, wird der Reichstag vor Weihnachten nur noch die dringendsten Vorlagen erledigen und nach einer Bereinbarung mit der Regierung von den Steuervorlagen nur das neue Umjahsteuergezet, das am 1. Januar in Kraft treten soll verabschieden, ferner wünscht die Regierung die Verabschiedung des neuen Ortsklassenverzeichnis vor Weihnachten, das rückwirkende Kraft vom 1. April 1920 erhält. Die Beamten in den höher gestuften Orten sollen ihre Nachzahlungen aus dieser Vorlage zum 1. Januar erhalten. Im übrigen wird der Reichstag in seiner viertägigen Dezemberberatung nur noch einige kleine Vorlagen und einige Anträge beraten. Gegen die sofortige Annahme des demokratischen Antrages auf Einführung eines Gedenktages für die Opfer des Weltkrieges auf den ersten Januartag hat die Regierung keine Bedenken. Der „nationale“ Trauertag soll wie der Totensonntag beschaffen sein, er erhält also Einschränkungen für Theater und Konzerte. Von deutschnationaler Seite wird beantragt, nach vor Weihnachten die Verordnungen gegen die Presse aufzuheben.

Berschleuderung ins Ausland

Der Abgeordnete Bentzien von der Deutschen Volkspartei teilt in einer Anfrage mit, daß die Reichsregierung für Textilarbeiten große Massen billiger Bekleidungsstücke zu Schleuderpreisen ins Ausland verkaufe. Die Exportliste lautet auf:

45 614 Frauenmäntel	je 70,45 M.
53 367 Frauenjassen	„ 39,— „
19 189 Badfischjassen	„ 34,65 „
1 579 Badfischmäntel	„ 41,90 „
6 885 Mädchenmäntel	„ 41,80 „
18 725 Kinderjassen	„ 28,— „
13 926 Herren-Älster aus Dedon	„ 75,05 „
5 799 Herren-Älster aus Wolldecken	„ 96,70 „
1 947 Burtschen-Älster aus Wolldecken	„ 82,05 „
94 Knaben-Älster aus Dedon	„ 54,80 „
745 Knaben-Älster aus Wolldecken	„ 64,90 „
705 Burtschen-Älster aus Wolldecken	„ 83,85 „
33 973 Joppen, ein- und zweireihig	„ 53,45 „
4044 Kinderjopps	„ 33,20 „
262 Burtschenjoppen, zweireihig	„ 57,55 „
6 140 Winterschuhmäntel	„ 223,55 „

Der Abgeordnete fragt die Regierung nun an, ob es sich um Reichsware für minderbemittelte handelt, und was gegen diese Verschleuderung getan werde.

Es ist kaum anzunehmen, daß ein Mitglied der Deutschen Volkspartei aus Liebe für die minderbemittelte Bevölkerung sich gegen diese Verschleuderung von Bekleidungsstücken ins Ausland wendet. Es finden wahrscheinlich andere Gründe hinter dieser Anfrage, und einer davon dürfte der Verrag der deutschen Händlertreise darüber sein, daß nicht sie das Geschäft mit der Reichsware machen sollen.

Auf jeden Fall hat die Regierung die Pflicht, auf diese Anfrage schnell zu antworten, vorher aber zu verhindern, daß diese Bekleidungsstücke zu so lächerlich niedrigen Preisen an das ausländische Kapital verschleudert werden. Oder sollte es sich bei diesen Vorkäufen um Schandware handeln, die selbst von der minderbemittelten Bevölkerung Deutschlands nicht mehr genommen wird?

Was kostet die Republik?

Unter den Ministern, die seit 1918 den hohen Schein zur Zierde gereichten, befinden sich nicht wenige, die auch wir lieber gehen als kommen sehen. Die große Zahl der sehr bald wieder aus dem Amt scheidenden Minister ist aber von der nationalistischen Presse häufig zum Gegenstand der demagogischen Hege gegen die Republik gemacht worden. Wir haben in vielen Fällen die Pensionierung der Minister als das kleinere Übel angesehen und haben schon deswegen nichts gegen ihre eventuellen Pensionen einzuwenden gehabt. Vor allem aber haben wir uns gegen die demagogische Art, mit der die Rechtspresse den häufigen Ministerwechsel ausnutzt, stets gewandt. Wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, wird nunmehr von gut unterrichteter Seite dargestellt. In einer durch die Presse gehen-

den Nachricht werden Mitteilungen gemacht, denen wir folgendes entnehmen:

Die immer wiederkehrenden Behauptungen, daß die Reichs- und Staatsminister der Republik nach ihrem Ausscheiden aus dem Amte Pensionen beziehen, sind unzutreffend. Weder hat einer der ehemaligen Volksbeauftragten noch einer der bisherigen Minister je einen Pfennig Ruhegehalt bezogen. Im übrigen ist die Angelegenheit der Ministerpensionen gegenwärtig Gegenstand von Erwägungen innerhalb der leitenden Stellen. Voraussichtlich dürfte die Frage in absehbarer Zeit dahin geregelt werden, daß den ausscheidenden Ministern Uebergangsgelder erteilt werden. . . . Die Kosten für die Befolgung sämtlicher Reichs- und Staatsminister, die nach der Revolution im Amte gewesen sind, erreichten mit 4 bis 5 Millionen Mark Papiermünzen noch nicht entfernt die Unterhaltskosten des Kaisers, der 14 Millionen in Goldmark jährlich bezog.

Ein einziger Kaiser ist also eine höhere Belastung für das Land, als ein Duzend republikanischer Minister. Damit wieder einmal gezeigt wird, daß die Republik manche Möglichkeit hat. Insbesondere wird wirksamer als die Monarchie. Das sollen sich die Spar-samkeitsfanatiker der Rechtsparteien merken.

Was schon längst geschehen mußte

Nach einer Meldung des in Berlin erscheinenden polnischen Blattes „Dziennik Berliński“ hat das Auswärtige Amt durch Verfügung vom 18. Oktober d. J. auf Grund sehr energischer Proteste deutscher Industrieller an den Staatskommissar für Ein- und Ausfuhr die Anweisung ergehen lassen, den Export nach Polen von Maschinen und landwirtschaftlichen Geräten nicht zu behindern, so wie alle Gegenstände, die zur Melioration des Bodens bestimmt sind, ebenfalls zum Export zuzulassen.

Es fenzelgnet unsere Zustände, daß erst auf Drängen kapitalistischer Kreise die Ausfuhrperre nach Polen wenigstens zum Teil aufgehoben worden ist. Nicht allgemeine Staats- und volkswirtschaftliche Gründe haben also zu dieser Maßregel geführt, sondern das privatkapitalistische Streben nach Ausdehnung des Absatzes drängte die Regierung dazu. Wann werden wir endlich soweit sein, daß mit Polen ein normaler Handelsverkehr in Gang kommt?

40 Prozent Kohlensteuer

Der Reichsrat hielt am Donnerstag eine Sitzung ab. Das neue Kohlensteuergesetz, das die sogenannte veredelte Kohlensteuer enthält, schreibt im allgemeinen eine Steuer von 40 Prozent des Wertes der Kohle vor. Von dem Steuerbetrage sollen Summen zur Hebung sich schlecht rentierender Kohlenrentiere verwendet werden. Nach der Regierungsvorlage soll der Finanzminister ermächtigt werden, mit Zustimmung des Reichsrats und Reichskohlenrats eine Ermäßigung oder Erhöhung der Steuersätze anzuordnen. Die Vorlage wurde unversändert angenommen. — Ebenso wurde angenommen ein Gesetzentwurf über die Pfändbarkeit der Gehaltsansprüche. Danach sind Pensionsansprüche von Beamten, Offizieren und Angehörigen der Wehrmacht bis zum Betrage von 8000 Mark unpfindbar. Gänzlich unpfindbar sind die Teuerungszulagen und Kinderbeihilfen.

Kleine Nachrichten

Die Erhöhung der Sätze für Erwerbslose bildet zurzeit Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem Reichsarbeitsministerium und den Ländern. Wahrscheinlich werden die ausbleibenden Sätze um 30 Prozent erhöht werden und zwar vom 1. Januar 1922 ab.

Der französische Volkstheater in Berlin, Charles Laurent, ist, wie der Berliner Korrespondent des „Journal“ meldet, Sonntag abend plötzlich von Brind nach Paris berufen worden. Seine Abreise steht in enger Beziehung mit den bevorstehenden Zahlungen Deutschlands und mit dem englischen Moratoriumprojekt.

Eine Novelle zum Gewerbegerichts- und Kaufmannsgerichtsgesetz, die dem Reichstage zugeht, bestimmt vorläufig bis zum Erlass des neuen Arbeitsgerichtsgesetzes, daß 1. Frauen als Beisitzer von Gewerbegerichten wählbar sind, 2. Rechtsanwältinnen als Bevollmächtigte von Verbänden bei diesen Gerichten zugelassen sind, 3. die Gebühren der Beisitzwertung entsprechend erhöht werden (Höchstmaß 300 Mark).

Der Film am Dienstag

Filmschau

Auch die Filmindustrie muß einmal eine kleine Atempause machen. Denn schließlich kann man nicht jeden Film als „der Welt größter“ ansehen, und nicht jede Sensation kann „eine noch nie dagewesene“ sein. Also begnügen wir uns diese Woche mit der Aufführung einer alten Erkenntnis, nämlich, daß Fährtenfilme mehr Glück als Verstand, oder deutscher ausgedrückt, daß sie nur Glück haben, aber gar keinen Verstand! Da jaust so ein Detektiv aus „Karo Zehn“ (Dowald-Richtspiele) im Auto eine Straße entlang, hinten an den Wagen hängt sich der geschwifte Verbrecher, und ein Schamanzel des Detektivs belehrt uns, daß ihm das nicht entgangen sei und daß er wohl wisse, was er nun zu tun habe. Und was wird daraus? Der Verbrecher springt aus demselben Unmohndert, aus der er ausgeprungen war, während der rasenden Fahrt plötzlich ab, der Chauffeur springt ebenfalls plötzlich ab, und das fährtenlose Auto jaust mit dem Detektiv eine Zeitlang weiter, bis auch er dann abprallt. Es bleibt ihm also vorläufig nichts übrig, als auf eine günstige Gelegenheit zu warten. Die bietet sich natürlich öfters dar, doch immer wieder entwickelt der Verbrecher, damit die angekündigten weiteren fünf Teile, deren jeder nach einer bestimmten Spielart benannt ist, nicht überflüssig würden. Man stelle sich vor, wie gerissen der Detektiv erst sein müßte, wenn er gar durch 32 Spielarten zu laufen hätte, und wenn man sich so etwas vorstellen kann, dann hat man das Bild der „geistigen“ Urheber dieser Filmserie.

Die Geschichte einer Sünde (Terra-Theater) vermittelt uns schöne italienische Landschaftsbilder. Die Sünde selbst läßt uns kalt, und das ist schon laus! „Das Haus eines gräßlichen Ehepaars kommt ein Jugendfreund des Grafen. Selbstverständlich eignet sich dieser Jugendfreund besser als die „böswillige Enttäuschung des Liebdesens“ dazu, die „unbefriedigten Sehnsüchte“ der Frau Gräfin zu stillen. Sie wird — in ordnungsgemäßer Folge der Schlagwörter — zu seinem „willenslosen Werkzeug“, vergiftet den Gatten, doch endlich, wie das nun mal so ist, werden die Verbrecher „von der gerechten Strafe ereilt“. Was um so erfreulicher ist, als die Gräfin (eine Frau Pawlowa) aus jedem Gefühl eine Oper macht und noch im höchsten Liebesrausch ausstieft, als ob sie eine Krone anstimmte, statt schon lieber, wenn schon, denn schon, einen Apfel dazu zu beißen!

Die zweite Sünde des Terra-Theaters ist das sogenannte Lustspiel „Ein Lehrling von heute“. Die Willkürlichkeit des deutschen Filmtatspiels ist sprichwörtlich, und doch ist kaum eins so do als dieses „Lehrling“. Die trampschönen Anstrengungen aller Beteiligten, Humor auszusprechen, bereiten auch uns physischen Schmerz. Wie sagt doch Karl Kraus in seiner letzten Fabel (vom November): „Das Wesen des deutschen Humors, dem Betrachter eine Belustigung aufzubringen, die er selbst dann nicht mitmachen könnte, wenn er auch nur imhände wäre, ihre Ursache zu ergründen.“ Der Betrachter? Im deutschen Filmtatspiel

ist ja nicht einmal der Verfasser imstande, ihre Ursache zu ergründen. Desio Koffler

Im „Marmorhaus“ läuft in dieser Woche ein Film, der „Das begrabene Ich“ heißt. Es ist aber nur ein scheinbar begrabenes, ein scheinbares Ich, das als Baron stirbt und als Schiffschlepper wieder lebendig wird, in Amerika zwar keine Arbeit, aber eine der unvermeidlichen Dollarprinzessinnen findet und, nach Europa zurückgekehrt, seinen verbrecherischen Bettler entlarvt. Es ist der übliche deutsche Filmtat, nicht besser und nicht schlechter als tausend andere. Ein paar junge Tiger oder Löwen „spielen“ weitaus am besten. (Regie: P. Vasco.)

Im „Lauenhagen-Bal“ — — wollte man mir meine für Freitag bestimmte Pressearbeit nicht für den Sonntag umschreiben. Gott sei Dank! So brauchte ich mir „Das zweite Leben“ nicht anzusehen und konnte mein eigenes Leben leben — und das ist sicher interessanter und, wie ich hoffen will, nicht so blöd wie ein deutscher Durchschmittfilm. H. S.

Der Bildungsausschuh des U. E. R. D. Treptow veranstaltet Freitag um 7 1/2 Uhr in der Treptower Sternwarte seinen 5. Filmabend. Es kommen wieder kulturell wertvolle Lehrfilme zur Vorführung, darunter der Film „Anfallverhütung in gewerblichen Betrieben“, der für jeden Arbeiter von Bedeutung ist. Unsere Bildungsausschüsse, die kommunalen wie die der Partei, sollten sich mehr als bisher um solche veredelte Filmveranstaltungen kümmern. Es machen wir besonders auf den hier schon besprochenen Film „Die weiße Seuche“, einen Tuberkulose-Films, aufmerksam, der fast in jedem Saal gespielt werden kann.

Ibsen im Lessingtheater

„Wenn wir Toten erwachen“ ist Ibsens letztes Drama. Das heißt, eigentlich kann man nicht von „Drama“ reden; es ist kaum eine dramatische Dichtung, sondern eher eine Art philosophische Dichtung in Dialogform. Betrachtungen eines Dichters, der sich am Ende seines Lebens fragt: „Was meine ganze Arbeit nicht umsonst? Hätte ich, statt erdichteten Wesen mit meinem Herablat Leben einzujuden, nicht lieber selber leben sollen? Hätte ich, statt der Kunst zu dienen, nicht lieber dem Leben dienen, nein, das Leben genießen sollen? Ist es nicht besser und schöner, Mensch zu sein, statt Künstler zu sein?“ Das sind großartige und ernste Gedanken, besonders für einen, der am Ende seines Lebens steht. Aber in Ibsens Dichtung werden sie nicht dramatisch gestaltet, sie werden nicht lebendig, sie werden nur ausgesprochen. Keine Menschen, sondern Allegorien laufen auf der Bühne herum. Sie reden und reden drei Akte lang über das selbe Thema in recht gequälten, unangenehm pathetischen und unklaren Worten und Gleichnissen. Man wartet vergeblich auf ein natürliches, herzliches Menschenwort, das des allegorischen Geredes durchbräche. Es kommt nicht. Auch eines Anwort auf die Frage, über die da drei Akte lang gesprochen wird, kommt nicht. Sie: müßte lauten: Jawohl, Herr Ibsen, ein Mann, der sein

Künstlertum von seinem Menschentum trennt, der keine Kunst von seinem Leben trennt, der liebe allerdings ein völlig verheiltes Leben. Und es ist jammervoll genug, daß fast alle Künstler und Dichter unserer Zeit lebendige Beweise für diese traurige Tatsache abgeben. (Die Deutschen, wie so oft, an der Spitze!)

Ich glaube nicht, daß viele schon an sich recht schwache und ganz undramatische, allegorische Dichtung auf die Bühne gehört. Das Festspieltheater hatte prächtvolle Kräfte zur Verfügung, die Durieux und Theodor Loos verstanden mit allen Mitteln, den beiden Hauptfiguren Leben zu geben. Aber der Schriftsteller Ibsen hat diesen Figuren kein Blut, sondern Tinte in die Adern gegossen. Die kann kein Schauspielerei zum Leben erwecken. Die weniger allegorisch gehaltenen Nebenfiguren (Räthe Dorisch und Steinlind) brachten die einzigen lebendigen Momente in das qualvolle Gerede dieses Abends. Schade, daß so gute Schauspielerei nicht auf die Bühne kam, sondern in den Kassen der Fremde Stille verschwenden mußten. Was mag den Regisseur Barnowsky gereizt haben an diesem papierernen aller Ibsen-Stücke?

Bewegung und Leben brachte (außer der Dorisch) nur der Be-leuchtungsmeister auf die Bühne, er ließ den Scheinwerfer arbeiten, wie bei einem Nachtangriff. Wohin auch immer die arme Frau Durieux sich schlüpfen mochte, der Scheinwerfer riefte lang-sam aber sicher hinter ihr her. Wenn sie in einem Strahl für einen Augenblick entrückt war und er nun über die ganze Bühne hinter ihr her suchte — das waren die einzigen dramatischen Momente des zwar nicht wert- aber worinsohin Abends.

Hans Jensen

Arbeiterchöre. Der Männergesang-Verein „Diampha“ brachte ein musterhaft zusammengestelltes Programm zum Vortag: lauter romantische Nummern der Kompositoren Marschner, Schubert, Mendelssohn, Schumann und Weber. Chöre und Kammermusik wechselten ab. Leider sind die Leistungen des Chores für ein kleineres Empfinden noch zu derb und ungeschult. Die Nebenstimmen treten zu oft hervor und die Einlässe sind nicht exakt genug. Das Stimmenmaterial aber ist nicht übel und dürfte sich leichteren Werken weit eher gewachsen zeigen.

Ausgezeichnet dagegen waren die Leistungen der „Typo-graphie“. Was da der Chorleiter Alexander Weinbaum unter den schwierigen Verhältnissen herausbringt, das ist einfach staunenswert. Einlässe, Abtönungen, Präzision der Einfälle — das kann in keinem Kunstchor besser herauskommen. Wie hüßlich wurde „Hörst“ von Heuberger gebracht! Die be-gleitenden ersten Tenöre gaben sich geradezu rührende Mühe, ihr „Goldes Grottelein“ klar und hoch über die Melodie hinüberzu-singen. Und in Franz Schwaibers „Totenballade“ — wie gut und breit lang da der Chor die Fülle „Die Toten sind aufgemacht“, Leider brachte die dritte Sinfonie in der es ordentlich ordentlich weicht, das Stück um einen ganzen Ton herunter, und das war schade. Das Streichorchester des Stadttheaters spielt ebenfalls unter Weinbaums Leitung, Grieg, Mozart und Tchaikowski.

Arno Kadel

Sozialistenverfolgungen in Rußland

Aus Moskau wird uns geschrieben:

In allen größeren Städten Sowjetrußlands sind in der letzten Zeit wieder zahlreiche Genossen verhaftet worden. Hier in Moskau wurden etwa 40-50 verhaftet, in Charkow 120, darunter 64 Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, auch in Petersburg und Kiew am Don sind Parteigenossen in großer Zahl verhaftet worden.

In Petersburg und Charkow gab die bevorstehenden Neuwahlen für die Sowjets Anlaß zu diesen Verhaftungen. Nachdem alle Sozialdemokratischen Kandidaten und Agitatoren eingesperrt worden waren, gelang es den Kommunisten, eine „überwältigende Mehrheit“ bei den Wahlen zu erringen, wovon dann die „Kost-Agentur“ die Welt triumphierend in Kenntnis setzte. Hier in Moskau wurden unsere Genossen am 7. November, am Jahrestage der Revolution, verhaftet, an demselben Tage, wo die berühmte „Amnestie“ für die Wrangelrebellien und die weißgardistischen Verführer sowie für verurteilte Spekulanten und Deserteure proklamiert wurde! Der Erlass über die Amnestie betonte ausdrücklich, daß sie nicht auf Mitgli. der der sozialistischen Parteien angewendet werde! Unter den hier verhafteten Parteigenossen befinden sich zwei Mitglieder des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei: Genosse J. Rubin, ein bekannter Gewerkschaftsführer, und Genosse J. Judin, der seit 25 Jahren in der russischen revolutionären Bewegung tätig ist.

Von den hundert Parteigenossen, die seit fast einem Jahre in den Gefängnissen schmachten, sind jetzt einige, genau wie unter der zarischen Herrschaft, ohne Gerichtsprozeß auf administrativem Wege nach den entferntesten Gegenden Rußlands verbannt. So wurden neun Parteigenossen nach Turkestan verbannt, darunter Genosse A. Gutermann, der während des Krieges in Deutschland lebte und vielen deutschen Genossen bekannt ist. Drei Arbeiter aus Jurjew im Dongebiet, die Genossen Kobanow, Tschekajew und Chlopow, die in einer Arbeiterverammlung als Redner auftraten, wurden nach dem Gouvernement Archangelst verbannt. Sechzehn Mitglieder der Partei der linken Sozialrevolutionäre in Witebsk sind wegen „Sabotage der neuen Wirtschaftspolitik“, d. h. der Politik der Wiederherstellung des Kapitalismus, verhaftet und nach Moskau verschleppt worden.

Ein besonderes Kapitel bilden die fürchterlichen Zustände in den Gefängnissen. Kamentlich die Verhältnisse in den Zuchthäusern von Orel und Wladimir, in denen zahlreiche Genossen interniert sind, spotten jeder Beschreibung. Im Gefängnis von Wladimir ist kürzlich eine Flecktyphusepidemie ausgebrochen. Im Zuchthaus von Orel wird auf jeden Genossen, der sich am Zellenfenster zeigt, von der Schildwache geschossen. Der Preis für diese Pelleten ist eine besondere Belohnung. Die Folge ist, daß fast jeden Tag Schießereien infolge eines „Mißverständnisses“ vorkommen. Zwei Genossen und eine Genossin sind bei solchen Gelegenheiten verumdet worden. Die Hungerstratzen, die die Gefangenen bekommen ist ungenießbar. Die sieben Genossen, die im Zuchthaus von Orel interniert sind, betrachten sich als zum Hungertode verurteilt. Im Gefängnis von Charkow sind 46 Genossen in einer Zelle untergebracht, in der es nur 14 Betten gibt, in einer anderen Zelle müssen sich 26 Genossen mit 4 Betten begnügen. Als Nahrung wird den Gefangenen einmal täglich eine Suppe verabreicht.

So sieht die Lage der sozialistischen Proletariat in dem kolossalen Paradies aus!

zu Havelock Wilson zu lösen haben. Es sollen energische Schritte getan werden, um die Seeleute zum Anschluß an den Internationalen Transportarbeiterbund zu veranlassen. Eine neue Konferenz wird im Januar zusammentreten, um Maßregeln zu erwägen, wie die d. n. sämtlichen Zweigvereinen des Internationalen Transportarbeiterbundes angehörigen Seeleute sich einer drohenden Herabsetzung der Löhne widersetzen können.

Gute Zeiten für Mörder

Eine Berichtigung des Oberstaatsanwalts

Zu unserem Artikel „Gute Zeiten für Mörder“, erschienen in der Morgenausgabe vom 3. Dezember, schreibt uns der Oberstaatsanwalt beim Landgericht III auf Grund § 11 des Pressgesetzes folgende Berichtigung:

1. Die strafrechtliche Untersuchung hat sofort nach dem am 15. Juni 1921 erfolgten Tode des Oberwachmeisters Buchholz eingeleitet und nie geruht. Der Unterwachmeister Erren ist alsbald nach der am 18. Juni 1921 erfolgten Obduktion der Leiche des Buchholz festgenommen worden; gegen ihn ist am 22. Juni 1921 die gerichtliche Voruntersuchung eröffnet und Haftbefehl erlassen worden. Seit dem 25. Juni hat sich Erren ununterbrochen in gerichtlicher Haft befunden.
2. Es ist unrichtig, daß ein Vertrauter oder sonst ein Beauftragter des Hauptmanns Stennes bei dem Untersuchungsrichter erschienen ist und diesen gebeten hat, die Untersuchung nicht mit der erforderlichen Strenge zu führen.
3. Es ist unrichtig, daß dem Untersuchungsrichter jemals der Zutritt in die Schloßkaserne verweigert worden ist und daß ihm von der Hundertschaft irgendwelche Akten oder Schriftstücke vorenthalten worden sind.

Zu dieser Berichtigung haben wir folgendes zu bemerken:

1. Die Tatsache, daß der Unterwachmeister Erren schon am 25. Juni verhaftet worden ist, ändert nichts daran, daß der Hundertschaft z. B. im weitestgehenden Maße die Möglichkeit zur Verdunkelung gegeben war. Die Beweisaufnahme hat klar ergeben, daß eine ganze Anzahl von Beamten der Hundertschaft z. B. in die Mordaffäre verwickelt ist, daß mehrere Beamte Kenntnis von den einzelnen Vorgängen hatten und daß von dieser Seite die Verdunkelung mit Eifer und Erfolg betrieben worden ist. Die Verdunkelung hätte nur durchkreuzt werden können, wenn neben Erren rechtzeitig alle Beamte, die irgendwie verdächtig waren, verhaftet worden wären. Das ist nicht geschehen. Und gerade deshalb konnte in dem Prozeß der Mord an dem Wachtmeister Buchholz nicht genügend geklärt werden.
2. Wir haben bereits am 27. Juli geschrieben, daß beim Untersuchungsrichter des Landgerichts III ein Landgerichtsrat erschienen sei und diesen im Auftrag des Hauptmanns Stennes gebeten habe, das gegen die Hundertschaft schwebende Verfahren einzustellen. Dem Bittsucher, so schrieben wir weiter, sei eine gehörige Abfuhr zuteil geworden. Obwohl diese Behauptung von uns mehrere Male widerholt und auch von der bürgerlichen Presse, so zum Beispiel vom „Berliner Tageblatt“, aufgegriffen wurde und zwar mit dem ausdrücklichen Ersuchen an das Gericht, sich über diesen Punkt zu äußern, ist keine Antwort erfolgt. Das Schweigen gab uns Veranlassung, an der vorgebrachten Behauptung festzuhalten.
3. Die Polizei hat, wie wiederholt unbestritten behauptet worden ist, ihre eigene Kriminalabteilung. Diese Abteilung hat mindestens im Anfang auch die Voruntersuchung in der Mordaffäre Buchholz betrieben, die zuständige Nordkommission hingegen wurde ausgedient. Solange uns die Staatsanwaltschaft nicht nachweisen kann, daß das Untersuchungsgericht frei und unbehindert durch Maßnahmen der Hundertschaft z. B. die Schloßkaserne besichtigen und alles verdächtige Material beschlagnahmen konnte, müssen wir an der von uns vorgebrachten Behauptung, daß dem Untersuchungsrichter Schwierigkeiten beim Betreten der Kaserne gemacht worden sind, festhalten.

Im übrigen spricht ja der Ausgang des Prozesses gegen die Mörder des Wachtmeisters Buchholz am besten für die Richtigkeit unseres Urteils. Die Behauptung, daß Buchholz ermordet worden ist und daß die Tat mit

Wissen der Hundertschaft z. B. W. ausgeführt und verdeckelt worden ist, ist durch die Beweisaufnahme durchschlagend erhärtet worden. Wenn die Mörder und ihre Helfer trotzdem einem Urteil entgehen konnten, so liegt die Sühnlosigkeit ohne weiteres klar auf der Hand, daß das Verfahren nicht mit jener Umsicht und Energie geführt wurde, die zur Aufhellung eines derartigen Verbrechens unbedingt erforderlich sind.

Brauchen wir eine Mieterorganisation?

Vor einigen Tagen wurde auf eine Generalversammlung des „Mieterschutzverbandes“ Bezug genommen und dabei zum Ausdruck gebracht, daß in ihm Bestrebungen bestehen, um seine Aufnahme in den „Bund der Deutschen Mietervereine“ zu erwirken. Dabei wurde hervorgehoben, daß auch der A. D. G. B. und die Berliner Gewerkschaftskommission in dieser Richtung tätig seien, um den Anschluß zu fördern.

Sicher hat diese Nachricht bei vielen dem Gedanken Raum gegeben, daß nun doch endlich diese Körperschaften zu der längst notwendigen Einsicht gekommen sind. Eine solche Einsicht kommt allerdings etwas reichlich spät aber sie wird trostlos von allen Freunden der Berliner Mieterbewegung freudig begrüßt. Durch das allzu lange Warten dieser Körperschaften ist vieles verabsäumt worden und der Mieterbewegung großer Schaden zugefügt worden.

Es ist geradezu sonderbar, wie die vielen mit- und nebeneinander, offiziell und inoffiziell geleiteten Mieterorganisationen ihr Dasein fristen. Mit dem Worte Organisation wird der größte Mißbrauch getrieben, und die Mieter selbst sollten einem solchen Anflug ein baldiges Ende setzen. Es ist auch bedauerlich, wie auf Grund der vielerlei Organisationsquasiberei oftmals die sauer zusammengetragenen Arbeitergruppen nutzlos und ohne die geringste Wirkung zu erzielen verurteilt werden. Was bedient heute Organisationshype? Sie imponieren niemanden, und ihre Bedeutung ist gleich null.

Wollen die Berliner Mieter — der Wille ist vorhanden — Einfluß auf die Wohn- und Mietverhältnisse und das Bauwesen erlangen, so bedarf es einer gewaltigen Organisation mit einheitlichem Willen und festgelegten Zielen. Eine Einheitsorganisation, die sämtliche Groß-Berliner Mieter in sich schließt, muß so schnell als möglich geschaffen werden. Arbeit und Betätigungsbereich ist für diese Organisation in unendlicher Menge vorhanden. Sie muß in engem Verhältnis zum A. D. G. B. und den örtlichen Gewerkschaftskommissionen stehen, damit sie reiflose Unterstützung bei der gesamten organisierten Fronten, Angestellten- und Arbeiterchaft findet. Daß diese Einheitsorganisation ein gewaltiger Machtfaktor wäre, muß jeder einsehen.

Die unter der Wohnungsnot und den Wohnungssorgen leidenden Mieter müssen überall die Forderung stellen: sofortige Schaffung der Mietervereinsorganisation.

Zu der Tagung der deutschen Mietervereinsämter hatten sich u. a. auch etwa 100 Mietervereinsämter aus allen Teilen Deutschlands eingeschrieben, die von den Gewerkschaften und den Mietervereinsbänden entsandt worden waren. Durch einheitliches Vorgehen gelang es den Mietervereinsämtern, in den Vorstand des neugegründeten Reichsverbandes der Einigungsämter, der aus neun Personen besteht, gleichberechtigt neben den Vorsitzenden der Einigungsämter und den Hausbesitzervereinsämtern mit drei Vertretern hineingekommen. Die Zusammenarbeit der drei Gruppen soll nach den Beschlüssen der Tagung auf die einzelnen Einigungsämter ausgedehnt werden, indem die Vertrauensleute der Gruppen zur Ausarbeitung von Richtlinien für die Sprachprovis zusammenzutreten.

Die Mietervereinsämter der 20 Verwaltungsbezirke Berlins hatten sich zur Besprechung der weiteren Maßnahmen zusammengeschrieben und kamen zu dem Beschluß, zur Erzielung eines einheitlichen Vorgehens eine freie Vereinigung der Mietervereinsämter von Groß-Berlin zu schaffen. Entsprechend dem Beschluß der in Dresden verammelt gemessenen Mietervereinsämter soll diese Vereinigung auf ganz Deutschland ausgedehnt werden.

In jedem Mietervereinsamt von Groß-Berlin sollen die Mietervereinsämter zwei Vertrauensleute wählen, die dann zu einer gemeinsamen Sitzung zusammenzutreten sollen, um einen Arbeitsausschuß einzusetzen, der alsdann mit den Vertretern der Vorsitzenden und der Vermietervereinsämter zusammenzuarbeiten hat. Die Mietervereinsämter der Groß-Berliner Mietervereinsämter haben dementsprechend je zwei Vertrauensleute zu wählen, deren Namen alsdann an Paul Lange, Berlin N 113, Uckerländer Straße 13, 3 Tr., oder Fritz Dientz, Berlin W 50, Innsbächer Straße 10, mitzuteilen sind, damit recht bald die Sitzung der Vertrauensleute einberufen werden kann. Die Genannten gehören dem Vorstand des Reichsverbandes der Einigungsämter an und haben vorläufig die Geschäfte der freien Vereinigung der Mietervereinsämter übernommen.

Die Zahlung der Mietsstempelgebühren

Uns wird mitgeteilt, daß eine Anzahl Hausbesitzer bei der jetzt fällig werdenden Einziehung der Gebühren für die Stempel der Mietsverträge verfahren, von den Mietern den vollen Erlös der Gebühren zu erlangen. Sie rechnen dabei mit der Unkenntnis der Mieter und erreichen dadurch, daß tatsächlich ihrem Verlangen zum großen Teil entsprochen wird.

Nach dem preussischen Mietsstempelgesetz haben Mieter und Vermieter je die Hälfte der Kosten für die Mietsstempel zu tragen. Wo also die Hauswirte verfahren, die Mieter zur vollen Zahlung der Gebühren heranzuziehen, kann dies abgelehnt werden. Eine Zahlung der vollen Gebühren kann nicht erzwungen werden.

Der Leichenfund in Siemensstadt ist, obwohl es inzwischen gelungen ist, die Persönlichkeit des Toten festzustellen, immer noch in geheimnisvollem Dunkel gehüllt. Der Tote ist der am 30. September 1899 in Ungarn gebürtige Böttcher Hermann Hilgruber, der hier in der Hohenzollernstraße 1 wohnte. Hilgruber ist seit dem 20. v. M. verschwunden. In diesem Tage war er von Hause weggegangen, um einen Arzt in der Schwabener Straße aufzusuchen, porerst wollte er die Schwester seines Schwagers aufsuchen, um diese dorthin mitzunehmen. Als er fortging, ließ er sich von seiner Frau einen Röntgenapparat geben. Außerdem hatte er noch zwei Mark bei sich. Als er gestern in dem Neubau der Kolonie Siemensstadt aufgefallen wurde, hatte er davon noch 51 Mark bei sich, so daß er also nur eine Mark ausgegeben hätte.

Die päpstliche Eisdampfbahn auf dem Rummelsburger See ist seit Sonntag eröffnet. Mit Schulkindern verhehene Schüler aus dem Verwaltungsbezirk Lichterberg (17) haben wochentags bis nachmittags 4 Uhr freien Zutritt, nach 4 Uhr kostet der Eintritt 20 Pfennig. Schüler ohne Ausweis zahlen wochentags 50 Pfennig, Sonntags und bei Konzertveranstaltungen 1 Mark. Für Erwachsene sind die Eintrittspreise wie folgt festgelegt: wochentags 1.50 Mark, Sonntags 2 Mark, bei Konzertveranstaltungen 50 Pfennig mehr.

Funktionäre der Soz. Proletariat'engend. Da am Mittwochabend in der Arbeiterbildungsanstalt eine wichtige Zentralratsversammlung stattfindet, muß der Ruf aus des Genossen Seger in dieser Woche lauter ausfallen.

Lernschulisches Wetter für Berlin und Umgebung am Mittwoch. Etwas gelinde, veränderlich, überwiegend bewölkt, bei geringen Niederschlägen und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden.

Internationale Seemannskonferenz

Brüssel, 6. Dezember.

Wie der „People“ mitteilt, fand hier eine internationale Seemannskonferenz statt, an welcher Delegierte aus England, Belgien, Holland, Norwegen und Deutschland teilnahmen. Es wurde einstimmig beschlossen, die Bestrebungen des Bundes der englischen Transportarbeiter und des Verbandes der englischen Seeleute, welche die Organisation der englischen Seeleute auf der Grundlage des Internationalen Transportarbeiterbundes zum Ziele haben, zu unterstützen. Berichte der englischen und der norwegischen Delegierten über das arbeitsfeindliche Vorgehen der Organisation Havelock Wilsons führten zu einem Beschlusse der Konferenz, welcher besagt, daß alle mittelbar oder unmittelbar dem Internationalen Transportarbeiterbunde angeschlossenen Organisationen alle Beziehungen

Staatliche Fortbildungskurse für Chordirigenten. An der staatlichen Hochschule für Musik werden im nächsten Jahre staatliche Fortbildungskurse für Dirigenten von Männerchören eingerichtet. Der erste dieser Kurse findet vom 18. bis 29. April 1922 statt. Die Teilnahme ist unentgeltlich, und es wird versucht werden, Zuschüsse für den Aufenthalt der Kuristen zur Verfügung zu stellen. Auf dem Lehrplan stehen: Stimmbildung, Musiktheorie, Gehörbildung, Partiturlesen, musikalisch-theoretische Chorleitung, Chorleitung, Stimmpfysiologie, Sprechtechnik und anderes. Als Lehrkräfte wirken mit die Herren Professor Albert Fischer, Prof. Friedrich C. Koch, Prof. Siegfried Ohm, Prof. Thiel, Prof. Schünemann, Kapellmeister Hagel, Chordirektor Niehner, Musikdirektor Wiedemann, Prof. Dr. Rahnenstein und Dr. Draß. An der Durchführung der Kurse ist der Deutsche Sängerbund beteiligt. An ihn sind auch Anmeldungen der Bewerber zu richten. Die Bewerber müssen musikalisch begabt sein und nachweisen, daß sie mindestens 1 Jahr als Chordirigenten tätig waren.

Sonntagspredigt der „Deutschen Konzertgesellschaft“. Ein Arbeiter schreibt uns: Die „Deutsche Konzertgesellschaft“ macht unter der Arbeiterschaft Propaganda zur Teilnahme an ihren Konzertveranstaltungen im Ufa-Palast, und auch die Gewerkschaften verteilen diese Propaganda und Annahmeformen unter ihren Mitgliedern. Die bisherigen Veranstaltungen konnte man auch als gut bezeichnen, was man aber am letzten Sonntag den Teilnehmern durch einen sogenannten Registrator zu bieten wagte, das spottet jeder Volkserziehung. Der Herr brachte eine regelrechte Sonntagspredigt zum Vortrag und geriet dabei so in Empörung, daß man ihn eher für einen irren Heilsarmeeapostel halten konnte. Zum Schluß ging der Psalm: „Lobe den Herrn meine Seele“ vom Stapel, mit dem Abschlus: „Hallelujah Hallelujah“ Ja meine, wenn die Konzertgesellschaft Teilnehmer aus Arbeiterkreisen gewinnen will, dann soll sie uns mit solchem Hofasopodus vom Halle bleiben. Sonst wird sich die Arbeiterschaft bei den Danken, eine solche Gesellschaft zu unterstützen. Es war wohl eine Fügung des Himmels, daß die Arbeiterschaft fast gar nicht vertreten war, sonst wäre der Herr früher zu seinem Heiland gekommen, als ihm lieb ist. Der Saal war nur zu einem Drittel besetzt und zwar mit Bürgertum und Beschwötern, das bewies der Beifall.

„Der Rand der Sabinerinnen“ (Neues Theater am Zoo). Hans Fischer, der glänzende Komiker, gab den Sirle. Er hat alles im besten Sinne Propagandist, um diesen Schmelzregisseur James zu verdrängen: das Gemütsche und Gemütsvolle, das Herzliche und Raide, die Bepfeuerung und die Sentimentalität, die Schloßerhaftigkeit und die Hysterie.

Der vielbesetzte deutsche Schwan mit seinen geschäftlichen anschaulichen Einfällen und mit seinen Plätzen aus den Regenerbörser Blättern hat es in dem Theater, das sich bisher unglücklich um ein Zugstück bemüht, zu gerechtfertigtem Erfolge gebracht. Allerdings hätte das Stück weit vorteilhafter mit dem dritten Akt schließen können. Von den tüchtigen übrigen Kräften verdient Fritz Jekner als der Dichterprofessor herausgehoben zu

werden. In der Maske und in der ganzen wehrlich oft verschmitzten Zämmerrlichkeit bot er ein hübsches Stück Menschennatur.

Ein neuer Planet? Die Entdeckung eines neuen Sterns, der den Namen „1920 HZ“ erhalten hat, wird von der Sternwarte in Algier gemeldet, und zwar wird dieses Gestirn, das seit dem vergangenen Jahr Gegenstand eingehenden Studiums war, als „Halb Planet, halb Komet“ beschrieben. Während andere kleine „Planeten“ sich rund um den Mars oder Jupiter bewegen und dabei in ihrem Lauf mehr oder weniger dieselbe Entfernung innehalten, ist „1920 HZ“ weniger beständig. Wenn er der Sonne am nächsten ist, so befindet er sich etwa 31 Millionen Meilen entfernt, und wenn er von der Sonne am weitesten fort ist, dann ist er fast dreimal so weit entfernt wie bei seinem kleinsten Abstände. Seine Bahn, die die des Mars und Jupiter kreuzt, erreicht dann die des Saturn. Der neue Planet vollendet keine Reise um die Sonne in etwas mehr als 13 Jahren.

Kontrolle des Straßenbaus durch Flugzeuge. Zur Beaufsichtigung der Arbeiten auf der neuangelegten Straße zwischen London und Southend sind gegenwärtig drei Beamte des Straßenbauamts tätig, die ihres Amtes vom Flugzeug aus wachen. Die Aufsichtsarbeit benötigte bisher einen kleinen Staff von Beamten und Assistenten, die für zwei oder drei Wochen zu tun hatten. Durch das Mittel der Photographie vom Flugzeug aus kann jetzt diese Arbeit in zwanzig Minuten oder einer halben Stunde geleistet werden. Es ist für die photographischen Aufnahmen nicht einmal gutes Wetter nötig. Die Fortschritte, die auf dem Felde der Photographie in jüngster Zeit gemacht wurden, gestatten selbst bei nebliger Witterung, gute Photographien herzustellen.

Tages-Notizen

In der Kirchenmusik im Großen Schauspielhaus zu Wehrhahnstrasse Mittwoch, 5 Uhr, wirken im Chor: Helene Juchaczewski u. a. mit: Eugen Klöpper, Hans Braunwieser, Max, Uchikawa, Beate Duval, Carl Weisner, Adolf Lange, Wita, Dietrich, Dingmann, Hartmann u. a.

Veranstaltungen der Kommunalen Bildungsämter. Samstag, Donnerstag, 7½ Uhr, Gedicht, 2. Arbeiterlieder und Arbeiterlieder (Entwicklung der Arbeiterorganisationen) unter Mitwirkung des Regisseurs Hans Heinz Scharmann, des Frauensingers „Hörblin“, des Männerchors „Hermonie“.

Gedichtabend, Mittwoch, 8 Uhr, für die Schüler der oberen Stufen des Gymnasiums Lützowplatz, Berlin, Gedichtabend im Schauspielhaus, Programm: Mozart und Weber, Karne, auch für Erwachsene, 8 Uhr.

Freizeit-Projekt, legales Drama und Kulturamtsprojekt von Hans Friedl, Mittwoch, wird von der Freien Bühne Donnerstag, 8 Uhr, in der Alhambra, Wollner-Theater-Str. 15, zum erstenmal aufgeführt.

Frank Reichardt liest Donnerstag, 10 Uhr, „Armer“, Trauerspiel von Anton Wildgans, in der Arbeiter-Kunsthalle, Petersburger Str. 10.

Der 4. Maler-Kammermusikabend der Gemeinschaft zur Erkenntnis der menschlichen Welt u. B. (Kammermusik) liest Mittwoch, 8 Uhr, im „Garten“ hat. Zur Kulturabend liest: Sigrid Kurz, Gedicht, Sonett (Apparatur) in einem Satz für Klavier (Solo), und W. Weber, Streichquartett Nr. 2 in einem Satz, Musikanten: Alfred Schindler (Viola), Robinson-Quartett.

Kalenderabend. Der Tauschabend von Hildebrandt hatte Schmidt im Kosmos-Saal, Wollgasse 3, mußte wegen des Elektricitätsausfalls am Donnerstag verschoben werden. Die Karten behalten ihre Gültigkeit.

